Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renzsch. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 2.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge von Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 302. Donnerstag, den 30. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichsgutachterausschuß wird sich am 3. und 4. Januar mit den Forderungen und Wünschen der Eisenbahner beschäftigen.

*

Das Repräsentantenhaus in Washington hat dem Antrag auf Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Amerika zugestimmt. (Eine amtliche Meldung hierüber fehlt noch.)

*

Im Haag fand die Ratifikation des deutsch-holländischen Kredit- und Kohlenabkommens statt.

*

Wie verlautet, hat die französische Regierung nicht die Absicht, auf das im Friedensvertrag erzwungene Recht zu wirtschaftlichen Repressalien zu verzichten.

*

Ein neuer Erlaß der Sowjetregierung über Arbeiterstreiks wird soeben veröffentlicht. Danach ist jeglicher Streik grundsätzlich verboten. Die Streikenden werden streng bestraft.

Entgegenkommen in der Entschädigungsfrage?

Französisch-belgisch-italienische Verständigung über einen Vorschlag an Deutschland. — Keine übertriebenen Forderungen?

Der Londonberichterstatter des Nieuwe Rotterdamsche Courant in Paris meldet über die weiteren Verhandlungen bezüglich der Entschädigungsfrage:

Ueber die Brüsseler Konferenz kann mitgeteilt werden, daß die französischen, belgischen und italienischen Delegierten sich untereinander verständigt haben. Deutschland wird bald ein Vorschlag gemacht werden. Der französische Vertreter Seydoux ist Vermittler. Im Augenblick kann man nicht weitergehen, da Staatssekretär Bergmann nicht genügend Befügnisse hat. Er muß erst mit seiner Regierung beraten. Man ist in französischen Kreisen der Meinung, daß man Deutschland schon sehr entgegengekommen ist, um so mehr, als im Lande und namentlich im Parlament der Opposition gegen eine deutsche Schadenersatzleistung in Naturalien zunimmt.

Der französische drahtlose Dienst verbreitet folgenden Bericht, der wohl als Andeutung für die Politik der französischen Regierung in bezug auf die Entschädigungsfrage zu gelten hat: Nach Ablauf der technischen Konferenz in Brüssel beginnt die Politik, welche Frankreich in Uebereinstimmung mit seinen Alliierten in der Frage des deutschen Schadenersatzes befolgen wird, sich etwas deutlicher abzuzeichnen. Die Reparationskommission beschäftigt sich damit, die Berichte, welche ihr von den verschiedenen Regierungen über den erlittenen Schaden zugegangen sind, zu studieren, und sie wird im Januar in der Lage sein, den Gesamtbetrag mitteilen zu können. Diese wichtige Arbeit geht der Aufgabe der Regierungen voraus, die darin besteht, die Anzahl und Größe der Annuitäten festzustellen, die Deutschland in Naturalien oder Waren zahlen muß. Die französische Regierung, deren erste Sorge es ist, in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten zu handeln, hat diesen Alliierten mitgeteilt daß sie nichts Unredliches verlangen werde, da ihr Ziel darauf hinausgeht, etwas Wirkliches zu erreichen und keine übertriebenen Forderungen zu stellen, um später zu einer Gewaltspolitik übergehen zu müssen.

Die erste von Deutschland zu zahlende Annuität würde lächerlich sein, wenn sie, abgesehen von Rohmaterialien, nicht auch die Lieferung einer bestimmten Anzahl von Fertigwaren umfassen würde. Herr Bergmann hat auf der Brüsseler Konferenz vorgeschlagen, daß der deutschen Regierung ein Kredit in Papiergeld eröffnet würde, und zwar für Bestellungen, die die vom Kriege Betroffenen unmittelbar an die deutsche Industrie geben würden. Die Reparationskommission erwägt ein gleichartiges System, durch das die vom Kriege Betroffenen alle Einkäufe in Deutschland mit besonderen Schecks auf den von Deutschland eingereichten Kredit bezahlen würden. Die deutsche Regierung würde dann ihre eigene Industrie mit Papiermark bezahlen können und würde auf diese Weise Gelegenheit haben, einen Teil ihrer Schulden in Mark abzuzahlen, d. h. mit einem Zahlungsmittel, dessen Ausfuhr zu diesem Zeitpunkt fast gar keinen Wert hat. Für die Annuitäten würde ein Mindestsatz festgestellt werden, der mit dem Ertrag aus den deutschen Steuern und dem Ueberschuß der Handelsbilanz übereinstimmt.

Der erste Eindruck geht dahin, daß diese Politik für die Erwartungen der öffentlichen Meinung nicht befriedigend scheint. Aber sie hat den Vorteil, daß sie zu einem wirklichen wirtschaftlichen Ergebnis führt, anstatt zu rein formellen Befriedigungen. Uebrigens hofft man, in kurzer Zeit zu progressiven Barzahlungen gelangen zu können. Es wäre übrigens wünschenswert, vorläufig nur den Beginn einer kleineren Anzahl von Annuitäten festzustellen und nachher das Abkommen zu schließen. Das ist möglich, und das läßt der Geist des Vertrages zu, wenn Deutschland vor dem 1. Mai 1921 der Gesamtbetrag seiner Verpflichtungen mitgeteilt wird. Jedenfalls wird aus dem Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag und Frankreichs praktischen Forderungen deutlich der Geist der Versöhnung, der Frankreich beherrscht, hervorgehen.

*

Wie weit die Annahme berechtigt ist, daß diese Kundgebung die Absichten der französischen Regierung wiedergibt, mag dahingestellt bleiben. Was uns in erster Linie interessieren könnte, wäre, zu wissen, welchen Gesamtbetrag an Entschädigungsleistungen man von Deutschland zu verlangen beabsichtigt. Davon steht aber in dieser Kundgebung noch kein Wort. Dieser Frage gegenüber ist es von untergeordneter Bedeutung, ob wir in Geld, Naturalien oder Waren bezahlen sollen. Wenn hier wieder einmal gesagt wird, daß die Forderungen, die man an uns zu richten beabsichtigt, sich in mäßigen Grenzen bewegen werden, so kann uns das noch nicht mit besonderer Zuversicht erfüllen; denn die Auffassung darüber, was mäßig oder übertrieben ist, sind natürlich auf deutscher und auf verbändlerischer Seite sehr verschieden. Nach dem, was wir bisher aus dem gegnerischen Lager vernommen haben, scheint uns jedenfalls kein Anlaß vorhanden zu sein, dort eine Neigung zu wirklich verständnisvoller Behandlung dieser Lebensfrage Europas vorauszusetzen.

Ein Entente-Ultimatum in der Einwohnerwehrfrage.

Besetzung des Ruhrgebietes? — Einmarsch in Bayern. — General Nollet kommt nach Berlin.

In Berliner Ententekreisen werden, der Neuen Berliner Zeitung zufolge, weitere Einzelheiten über die Verhandlungen der Botschafterkonferenz in Paris in der Angelegenheit der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen bekannt. Die Botschafterkonferenz hat die endgültige Entscheidung über diese Frage den alliierten Regierungen überlassen, weil beabsichtigt wird, wenn notwendig, zu Pressionsmitteln zu greifen. Unter diesen Pressionsmitteln wollen Berliner Ententekreise nicht nur die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern auch gegebenenfalls den Einmarsch in Bayern verstanden wissen. In den ersten Januartagen trifft General Nollet aus Paris in Berlin ein um auf mündlichem Wege der deutschen Reichsregierung die letzten und endgültigen Beschlüsse der alliierten Regierungen zu übermitteln. Wie das genannte Blatt hört, will die Entente einen längeren Aufschub ihrer Forderungen nicht mehr dulden und ein Ultimatum überreichen.

Wie verlautet, äußerte in der letzten Sitzung des Botschafterrates, in der die deutsche Antwortnote in der Einwohnerwehrfrage behandelt wurde, General Nollet, daß er lebhafte Bedenken habe, daß die Entwaffnung besonders der bayrischen Einwohnerwehren durch die deutsche Reichsregierung durchgesetzt werde. Er sähe in der bayrischen Einwohnerwehr eine gefährliche Nebenregierung, und er habe die größten Befürchtungen, daß durch ihre weiteren Handlungen Deutschland in die folgenschwerste Situation gebracht werde. Forstrat Escherich übe bereits eine diktatorische Gewalt über große Teile der deutschen Wehrmacht aus, während das Ministerium Kahr immer mehr zu einer Scheinregierung herabsinke.

* *

Vor einer einschneidenden Wendung in der Einwohnerwehrfrage.

Wie die Dena erfährt, erklärt man in Kreisen der Berliner Ententediplomatie zu den Meldungen über eine neue Entwaffnungsnote, daß es sich um eine jener Beschwerdeschriften handelt, die einen breiten Raum im schriftlichen Verkehr zwischen den Ententemächten und der Reichsregierung einnehmen. Der neuesten Beschwerdeschrift der interalliierten militärischen Kontrollkommission komme nicht die gleich große Bedeutung zu, wie man sie der schließlichen Entscheidung in der Frage der bayrischen Einwohnerwehren beizumessen hat, die gegenwärtig in Paris Gegenstand der Beratungen ist. Der Verlauf dieser Angelegenheit verdient schon deshalb besondere Beachtung, weil man allen Grund zur Annahme hat, daß die Ententeregierungen sich auf weitere Debatten in der Einwohnerwehrentwaffnung schwerlich mehr einlassen werden. Wie die auffallend zahlreichen offiziösen Artikel der bayrischen Regierungspresse beweisen, ist man auch in München wahrscheinlich auf Grundlage dort einlaufender Informationen auf eine entscheidende Wendung in der Einwohnerwehrfrage gefaßt.

Ludendorff über den unmöglichen Revanchekrieg.

Die Deutsche Zeitung in Sao Paulo teilt ein sehr ausführliches Gespräch eines brasilianischen Publizisten mit Ludendorff mit. General Ludendorff glaubt nicht, daß der Bolschewismus in Rußland noch lange herrschen werde. Lenin werde fallen und eine stabile konstitutionelle Regierung werde an die Stelle des Sowjet treten, nicht eine von Abenteurern gebildete Regierung mit Unterstützung französischen und englischen Goldes. Das Zusammengehen Deutschlands mit einer neuen verantwortlichen russischen Regierung sei eine Lebensnotwendigkeit für den Wiederaufbau Europas. Ohne uns und Rußland sei die Wiederaufrichtung des Kontinents unmöglich. General Ludendorff ist gegen ein auch nur politisches Zusammengehen mit dem Bolschewismus. Er sagt: Trotz der schweren Lasten, die der Schandvertrag von Versailles dem deutschen Volke auferlegt hat, habe ich in den Kreisen der früheren hervorragenden deutschen Militärs noch keinen einzigen gefunden, der ein Bündnis mit dem Bolschewismus befürwortet hätte, da es vom militärischen Standpunkt ganz verfehlt ist. Man kann einen modernen Krieg nicht improvisieren; auch sind die gegenwärtigen Verhältnisse Deutschlands von denen des Jahres 1813 grundverschieden. Die Maschine hat die Kriegswissenschaft revolutioniert. Es gibt keinen einzigen Soldaten, der sein Handwerk kennt und in dem Wahn befangen ist, Deutschland könne sich ohne Luftfahrzeuge, ohne Artillerie und ohne eine Flotte mit Erfolg schlagen. Die Zeiten, wo man Kriege improvisierte, sind vorbei. Einen Feldzug macht man heutzutage nicht allein mit Geld; es müssen geschulte Mannschaften, Monturen und Unterzeug in genügender Menge Waffen und Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. An Menschen hat es in Rußland bisher nicht gemangelt, die Befähigung zum Improvisionieren hat ihnen noch weniger gefehlt, und gerade Trotzki ist in dieser Beziehung ein wahres Genie. Nichtsdestoweniger sind die Russen von den Polen geschlagen worden, nicht wegen der moralischen Ueberlegenheit der Polen, sondern wegen ihres wesentlich besseren Materials. Um eine Truppe zu mobilisieren, bedarf es vieler Gefährte und Pferde, ferner müssen genügend Bahnen und Straßen zur Verfügung stehen. Ein modernes Heer kann der Flugzeuge, Tanks, Panzerautos, Einrichtungen für drahtlose Telegraphie und des Fernsprechdienstes nicht entbehren: mit einem Wort es muß über erstklassiges Material verfügen, zu dessen Herstellung Hunderte von Fabriken gehören. Wie können wir wieder zu solchem Material kommen, wenn die Revolution durch Verrat alles den Feinden auslieferte? Die Missionen der Entente haben die deutsche Industrie unter eine sehr scharfe Kontrolle gestellt. In dem Moment, in dem wir Rußland die Hand reichen würden, würde Deutschland schon von einer Besetzung im Westen bedroht sein, ein Ultimatum der Entente würde nicht auf sich warten lassen, ebensowenig die Kriegserklärung. Welche Elemente vermöchten wir dem Feinde entgegenzustellen? Die Revolution hat den Zusammenhang des Vaterlandes mit der Armee zerstört und einem unerbittlichen Feind alle Waffen ausgeliefert.

Die Rettung unseres Verkehrs.

Eine Aussprache des Ministers mit dem Eisenbahnpräsidenten.

In Dresden fand am 28. Dezember die dritte Präsidentenkonferenz der Reichseisenbahnen unter Leitung des Reichsverkehrsministers statt. Außer einer Reihe laufender Verwaltungsangelegenheiten wurde die wirtschaftliche und politische Lage der Eisenbahnen besprochen. Strengste Beschränkung in den sächlichen Ausgaben und im Materialverbrauch, Zurückführung der Personenzahl auf das notwendige Maß, sorgfältigste Ausbildung des Personals zur Erzielung hochwertiger Leistungen wurden als dringendste Aufgabe des kommenden Jahres bezeichnet, um in Verbindung mit der vom Tarifausschuß des sachverständigen Beirats empfohlenen Tariferhöhung die wirtschaftliche Gesundung des Eisenbahnbetriebes herbeizuführen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein beginnendes Wiedererstarken des ganzen Apparates und ein wachsendes Interesse des Personals an den Leistungen der Eisenbahnen festgestellt werden könne. Beides werde allerdings durch die ernste Bewegung in der Beamtenschaft und die Versuche, die Beamten zu unüberlegten Entschlüssen zu verleiten, gefährdet. Die Präsidenten erkannten einmütig die Notlage der Beamten in weiten Teilen des Reiches an. Der Minister wies darauf hin, daß Reichsregierung und Parlament die Not der Beamten ebenfalls durchaus anerkennen und durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen begonnen hätten, ihr abzuhelfen. Die Beamten müßten sich jedoch darüber klar sein, daß der von ihnen eingeschlagene Weg durch Streikdrohungen eine Besserung ihrer Lage zu erzielen, falsch sei. Denn die Eisenbahnbeamten würden durch einen Streik, ganz abgesehen von der ungeheuren und verhängnisvollen Erschütterung der ganzen deutschen Volkswirtschaft, die Grundlagen ihrer eigenen Existenz zerstören. Die Reichsregierung werde an dem in der Kundgebung vom 17. Dezember enthaltenen Standpunkt gegenüber dem Beamtenstreik unerschütterlich festhalten. Die vom Minister zu der Kundgebung der Regierung erlassenen Richtlinien wurden den Präsidenten erneut eingeschärft. Der Minister betonte dabei, daß die unbesonnenen Streikdrohungen die Tätigkeit der Verwaltung in der Fürsorge für die Beamten nur er-